



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An den
Regierenden Bürgermeister von Berlin
Herrn Michael Müller
Jüdenstraße 1
10178 Berlin

Kai Wegner MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Bau, Wohnen, Stadtentwicklung
und Kommunen

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-77610
F 030. 227-76312

kai.wegner@bundestag.de
www.cducusu.de

Berlin, 28. Juni 2018

Häftlingszwangsarbeit in der DDR: Einrichtung eines Härtefallfonds

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

aktuelle Forschungen belegen, dass in der DDR systematisch eine international geächtete Form der Häftlingszwangsarbeit betrieben wurde, die dem Ziel der maximalen Ausbeutung der Arbeitskraft der Strafgefangenen diene. Unter Berücksichtigung der schlechten Arbeits- und Haftbedingungen, des mangelhaften Arbeitsschutzes, der mangelhaften Vergütung und weiterer Gesichtspunkte ist die DDR-Haftzwangsarbeit als eine massive Menschenrechtsverletzung zu werten.

Die Politik ist in der Pflicht, eine bessere gesellschaftliche Anerkennung für die Opfer sicherzustellen. Auch eine materielle Entschädigung insbesondere derjenigen Betroffenen, die bis heute erheblich unter dem erlittenen Unrecht leiden, erscheint mir dringend geboten. Vor diesem Hintergrund rege ich an, einen Härtefallfonds einzurichten, der beispielsweise durch die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) betreut werden könnte. Es sollte in diesem Hintergrund auch geprüft werden, ob Teile des früheren SED-Parteivermögens zur finanziellen Ausstattung eines solchen Fonds herangezogen werden können.

Bei der Aufarbeitung der DDR-Zwangsarbeit und der Unterstützung der Opfer darf es keinen Schlussstrich geben. Für die Prüfung meines Vorschlags danke ich Ihnen daher bereits jetzt recht herzlich. Ihrer Antwort sehe ich mit großem Interesse entgegen.

Mit den besten Grüßen

Kai Wegner